

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Ausbeutung des Volkes beenden - ein volkssolidarisches Gesundheitswesen schaffen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine umfassende Umgestaltung des Gesundheitswesens einzusetzen, die folgende Grundsätze berücksichtigt:

1. Schaffung einer einheitlichen, staatlich organisierten Gesundheitskasse für alle Deutschen,
2. Gewährleistung der ganzheitlichen Behandlung der chronisch Erkrankten und Schwerbeschädigten mit dem Ziel der Heilung oder zumindest der Erreichung eines Lebens in Würde,
3. eine möglichst weitgehende Befreiung von betriebswirtschaftlichen Zwängen, einschließlich Abbau des gegenwärtigen Verwaltungsaufwandes,
4. Wegfall oder zumindest Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Heilmittel,
5. als Richtsatz soll gelten, dass „gleiche medizinische Leistungen bei jedem Versicherten auch gleich zu bezahlen sind“,
6. Befreiung der Gesundheitskasse von versicherungsfremden Leistungen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Krankenkassendefizite - Zusatzbeiträge - Kopfpauschale - Ärztemangel. Diese Schlagwörter stehen stellvertretend für die vielen Unzulänglichkeiten im gegenwärtigen Gesundheitssystem.

Die steigenden Kosten des Gesundheitswesens insgesamt und insbesondere die wachsenden Verwaltungskosten der beinahe 200 gesetzlichen Krankenkassen werden fast ausnahmslos einseitig von den gesetzlich Versicherten getragen.

Eine einheitliche Gesundheitskasse ist Grundvoraussetzung für ein gerechtes und volkssolidarisches Gesundheitswesen. In diesem Gesundheitswesen besteht für alle Volksangehörigen eine Versicherungspflicht.